

Die Halle monatlich bei zweimaliger Auslieferung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, und die Post monatlich 0,45 Mark, vierteljährlich 1,35 Mark, einjährlich 5,40 Mark.

Volks-Zeitung

Ständesund-Ansichtiger Jahrgang.

Die 8 gepaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Restanten die 22 mm breite Millimeterzeile 2,50 Mark.

Nr. 192.

Halle, Dienstag den 26. April 1921.

Einzelpreis 30 Pfg.

Auslieferung des Reichsbankgoldes verlangt.

Wird die Volksvertretung 'ausgeschaltet'?

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Simons, ist in der jetzigen Lage, einen Erfolg zu erwarten, so an allen Seiten angegriffen zu werden. Das es der Regierung gelungen ist, die Lage des Reiches zu bessern, kann kein Unbeangener leugnen.

Geht es die Stimmung und Verfassung, die zu diesem Widerspruch führte, ja durchaus zu verstehen. Ein Volk, das dem 'Nein' des Ministers zugestimmt hätte und das in seiner Mehrheit bereit war, auch die schwersten Folgen dieses Nein zu tragen, mußte sich nicht wundern, wenn es gänzlich unvorbehalten, am Morgen des 22. April die Note las, die das deutsche Schicksal bedingungslos dem Gutdünken eines fremden Staatsoberhauptes zu überantworten schickte.

So begreiflich die Unruhe ist, so falsch sind die Folgerungen. In die zehn letzten Apriltage drängten sich Entscheidungen unaufschiebbarer, zugleich unfaßbarer und verwickelter, beziehungsreicher Art zusammen. Sie mit den Volksvertretern oder gar in der Öffentlichkeit durczuhandeln, war es zu spät, sie während des Schwerequibantes bekanntzugeben, zu früh. Es ist von den Verbändmännern schon mit einer gewissen Empfindlichkeit vermerkt worden, daß die deutschen Vorschläge nicht gleichzeitig mit der Übermittlung nach Washington, nach Synthe gemeldet wurden, obgleich die Note erst am späten Abend des 24. fertiggestellt war, die beiden Serren in Synthe also gar nicht mehr angegriffen hätte.

Die Reparationsfrage.

Nach einer Hannoverschen Zeitung aus London sagte Lloyd George am Sonntagabend in Erwiderung auf zwei Anfragen: 'Ich habe am Sonntagabend und gestern eine Reihe von privaten Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten Brand in London gehabt. Im Laufe dieser Besprechungen haben wir unsere Ansichten bezüglich der Lage ausgetauscht, die dadurch

geschaffen wurde, daß Deutschland die Ausführung der Reparationsbestimmungen des Vertrages von Versailles unterlassen hat. Ministerpräsident Brand hat versprochen, der englischen Regierung binnen einem oder zwei Tagen neue detaillierte Informationen bezüglich der Art der französischen Pläne und Vorschläge zu übermitteln. Sobald wir sie erhalten haben, wird die ganze Frage durch das Kabinett geprüft werden und den Delegierten, die das Kabinett auf der Konferenz der alliierten Mächte vertreten, werden Anweisungen erteilt werden. Die Konferenz ist für Sonnabend einberufen worden und sie soll darüber entscheiden, welche neuen Maßnahmen jenseits der Durchführung der Bestimmungen des Berliner Vertrages ergriffen werden sollen.

Die französische Regierung hat als Sachverständige bei der Durchberatung der eventuell zu ergreifenden wirtschaftlichen Maßnahmen, die morgen zwischen den französischen und englischen Sachverständigen beginnt, Minister Loucheur und Ministerialdirektor Seydoux bestimmt. Minister Loucheur hat sich bereits gestern Abend nach London begeben.

Die Reparationskommission verlangt die Aushändigung des Goldbestandes der Reichsbank.

Eine von 'Hannovers' veröffentlichte Note der Reparationskommission, betreffend Aushändigung von einer Milliarde Goldmark, hat folgenden Wortlaut: Die Reparationskommission hat in ihrer Vollziehung vom 25. April 1921 mit Bedauern von der Mitteilung der deutschen Regierung vom 22. April Kenntnis genommen und von ihrer Weigerung, den Metallbestand der Reichsbank nach Koblenz oder Köln überführen zu lassen. Sie bedauert, daß die deutsche Regierung nicht die Sorge verstanden hat, die der Brief vom 21. April veranlaßt. Das Ersuchen, den Goldbestand nach dem besetzten Gebiet zu überbringen, wurde nur von dem Wunsche beherrscht, die Bestimmungen des Vertrags mit den möglichen Erfordernissen des deutschen Wirtschaftes in Einklang zu bringen.

Die Haltung Amerikas.

Nach einer Meldung aus Washington von heute früh hat Hughes die deutsche Note noch nicht erhalten, als er gestern Abend sein Amt verließ. Es wird angenommen, daß irgendeine Verzögerung in der Übermittlung eingetreten ist. Die amerikanische Regierung ließ die Parteiführer des Senats wissen, sie wünschte, daß die Abstimmung über die Erklärung des Senats am 2. Mai stattfinden. Man hofft hier zweifelsfrei,

daß die neuen deutschen Vorschläge die Wiederannahme der Verhandlungen zwischen Deutschland und den Alliierten unter Teilnahme Amerikas ermöglichen. Nach einer 'Matin'-Meldung aus Washington hat die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten die Resolution Knox angenommen und an ihr nur leichte Änderungen vorgenommen. Wie die 'Chicago Tribune' hierzu mitteilt, wird Senator Lodge mit größtem Nachdruck dafür eintreten, daß die Resolution schnell verabschiedet wird. Wie dem 'Matin' weiter berichtet wird, hat Worter, der Vorsitzende der Kommission für auswärtige Angelegenheiten im Repräsentantenhaus, zwei Resolutionen eingebracht, durch die das Ende des Kriegszustandes mit den Mittelmächten erklärt wird. Worter erklärt, daß seine Tagesordnung genau nach der Bestätigung Harzings redigiert sei, daß sie die Bedingungen über den Schutz aller amerikanischen Rechte enthalte und dem Präsidenten volle Freiheit lasse, einen Vertrag abzuschließen.

Strafaußschuß bei den Sondergerichten.

Der Reichspräsident gab auf Vorstellen einer Abordnung mitteldeutscher Arbeiter den Sondergerichten das Recht des Strafaußschusses, besonders für Jugendliche. Die Auflösung der Sondergerichte erklärte der Reichspräsident wegen Überlastung der ordentlichen Gerichte für unmöglich.

Der Reichsrat

Der Reichsrat in seiner getagten Sitzung einen Nachtrag zum Etat für 1920 im außerordentlichen Etat der allgemeinen Verwaltung, eine Ausgabe von 165 Millionen Mark zur Deduktion von Verlusten des Reiches aus einem Lebensmittelgeschäft der Eisenbahndirektion Elberfeld mit der belgischen Regierung. Der Ausschuß des Reichsrates hat sich sehr eingehend mit der Angelegenheit befaßt und auch die Beamten angehört, und wenn auch danach der Ausschuß die Sache jetzt in einem etwas milderen Lichte ansieht, so konnte er doch seine Besenden nicht unterdrücken, und der Voranschlag, diese Besenden im Protokoll niederzulegen, wurde genehmigt.

Ferner befaßte sich gestern der Reichsrat mit einem Gesetzentwurf über die vorläufige Aufstellung von Ortsklassen verzeiglichen. Der Ausschuß hat der Vorlage mit großer Mehrheit zugestimmt. Zugestimmt wurde auch einem Antrag für eine Veränderung von einzelnen Orten. Preußen rechnet, wie ausdrücklich hervorgehoben wurde, darauf, daß seine Wünsche bei der endgültigen Regelung berücksichtigt werden. Die Resolution hat dann die Vorlage gegen die Stimmen von Bayern, Baden, den beiden Westfalen, Hessen und Thüringen angenommen. Auch wurde die sofortige Auszahlung der Bezüge an die Beamten beschlossen.

Das Ultimatum des Rheinlandkommission

Staatssekretär Lewald ist in Koblenz eingetroffen, um mit der internationalen Rheinlandkommission über das dem Reichskommissar für die b-letzten Gebiete gestellte Ultimatum zu verhandeln. Die Rheinlandkommission hat bemängelt gefordert, daß eine Reihe von Deutschen ausgeliefert werden, die aus dem besetzten Gebiet entkommen sind, widrigenfalls der Reichskommissar am 28. April aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen werde. Die Reichsregierung steht jetzt auf dem Standpunkt, dem Auslieferungsverlangen nachzukommen, soweit dies auf Grund des Rheinlandübereinkommens berechtigt ist, nach dem die Auslieferung solcher Personen vorgesehene ist, die sich gegen Leben und Eigentum der Besatzungstruppen vergangen haben.

Die Abstimmung in Tirol.

Einer Korrespondenz wird von gestern aus Innsbruck gemeldet: In den Abendstunden kamen hier zwei mit Fahnen geschmückte Autos aus Mittenwald an, in denen Studenten saßen, welche entlang der tirolisch-bayerischen Grenze die Grenzpfähle ausgriffen und nach Innsbruck gebracht hatten. Auch bei Reutte und Rusten wurden die Grenzpfähle niedergelegt. Eine große Menge folgte den Autos und brachte fortgesetzt härmliche Heulrufe auf Deutschland aus. Unter Führung nationaler Veeder wurden die Grenzpfähle durch die Stadt geführt.

Der italienische Konsul führte beim Landeshauptmann Schraffl wegen der Kundgebungen von den italienischen Konsulat Beschwerde. Der Landeshauptmann verzweigte auf die ungeheure Erregung der Bevölkerung wegen des Unigen Ueberfalls in Bozen und auf die zum Schaden der Italiener in Innsbruck getroffenen Vorkehrungen. Die Rede wurde nicht geführt. Für die Abendstunden wurden die beschriebenen Maßnahmen veranlaßt.

